

Russland zwischen den Wahlen

Hans-Henning Schröder, Bremen

Das politische Russland hat die Parlamentswahlen hinter sich und geht nun auf die Präsidentenwahlen am 14. März zu. Wie schon 1999 und 2000 ist auch diesmal der Ausgang des Wettstreits um die Präsidentschaft schon durch die Dumawahlen vorentschieden. Nachdem „Einiges Russland“, die Partei, die von der Exekutive massiv unterstützt wurde, einen Erdrutschsieg errang und nun im russischen Unterhaus über eine Zweidrittelmehrheit verfügt, kann am Sieg des gegenwärtigen Präsidenten kaum noch gezweifelt werden. Offenbar trägt eine große Mehrheit der Bevölkerung und der Eliten diesen Präsidenten und seine Politik.

Wahlen und Wahlergebnisse

Der Ausgang der Dumawahlen ist bekanntlich recht unterschiedlich wahrgenommen worden. Während die russische Führung ihren Wahlerfolg als Legitimation ihrer Politik versteht, haben russische Bürgerrechtler und ausländische Kommentatoren die Verzerrungen im Wahlkampf und insbesondere die schamlose Bevorzugung der Partei „Einiges Russland“ scharf kritisiert. Selbst die Beobachterkommission der OSZE, die sich 1999 trotz der massiven Diffamierung der Gegenkandidaten und der Behinderung von Oppositionspolitikern diplomatisch zurückhielt, hat diesmal deutliche Worte gefunden.

Die Mehrheit der russischen Wähler lässt sich von dieser Kritik indes nicht beeindrucken. Bei Umfragen bezeichneten über 40 Prozent der Respondenten den Wahlkampf 2003 als eher fair. Zwar neigte ein nahezu gleich großer Anteil dem Urteil zu, der Wahlkampf sei unfair gewesen, doch im Vergleich zur Wahlkampagne von 1999 sahen viele Befragte offenbar eine positive Entwicklung (Tabelle 1). Mag sein, dass diese Wahrnehmung damit zusammenhängt, dass sich 2003 nicht wie 1999 zwei große Wahlblöcke gegenüberstanden, die heftig miteinander polemisierten und sich gegenseitig mit Schmutz überschütteten. Die hochprofessionelle Nutzung der elektronischen Medien durch die Exekutive wurde von großen Wählergruppen offenbar nicht als Verletzung demokratischer Anstandsregeln wahrgenommen. Verblüffend ist ein anderes Ergebnis derselben Umfrage: nur ein Fünftel der Befragten geht davon aus, dass bei der Auszählung keine Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, doch zugleich ist die überwiegende Mehrheit mit dem Ausgang der Wahlen zufrieden (Tabellen 2 und 3). Wahlfälschungen, wie sie offensichtlich in einigen Regionen vorgekommen sind, delegitimieren den Abstimmungsvorgang demnach in den Augen der Mehrheit nicht.

Auch das Verschwinden der Opposition wird nicht als Problem wahrgenommen. Die vernichtende Niederlage, die liberal und demokratisch orientierte Kräfte wie „Jabloko“ und „Union der Rechten Kräfte“ erlitten haben, bewegt die Mehrheit der Bevölkerung ebenso wenig wie der politische Absturz der Kommunistischen Partei. Offenbar gibt das Wahlergebnis – ungeachtet aller Kritik an Wahlkampf und Auszählung – eine breite gesellschaftliche Grundstimmung wieder. Die Voraussage, dass sich Putin im März bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit durchsetzen wird, fällt daher leicht.

Die Präsidentenwahl

Für den amtierenden Präsidenten birgt allein das Quorum ein gewisses Risiko: die Präsidentenwahl ist nur gültig, wenn die Wahlbeteiligung 50% übertrifft. Im Dezember hatten gerade 56% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben, im März könnte angesichts des erwarteten sicheren Ausgangs ein Teil dieser Wähler zu Hause bleiben. Die Präsidialadministration hat aus diesem Grunde schon begonnen, Wähler durch PR-Kampagnen zu mobilisieren. Eine gewisse Hoffnung schöpft sie auch daraus, dass die Wahlbeteiligung bei Präsidentenwahlen bisher in der Regel 4–8% höher war als bei den Dumawahlen.

Dumawahlen	1993	1995	1999	2003
	54,37%	64,38%	60,43%	55,60%
Präsidentenwahlen		1996	2000	2004
	69,80%	68,89%	68,64%	

Ein zweites Problem erwächst Putin daraus, dass er keine ernsthaften Mitbewerber hat. Weder im liberalen Lager noch bei den Kommunisten wollten sich namhafte Politiker dazu hergeben, als bloße Zählkandidaten zu fungieren. Damit verliert der Wahlgang aber als Akt politischer Legitimation an Bedeutung. Das spielt innenpolitisch gewiss keine Rolle – hier ist die Legitimation Putins unbestritten –, doch im Ausland büßt der Präsident an demokratischer Reputation ein. Daher hat die Präsidialadministration Anstrengungen unternommen, namhafte Politiker zur Kandidatur zu bewegen. Nun treten mit Irina Chakamada („Union der Rechten Kräfte“) und Sergej Glasjew („Heimat“) zwei Personen an, die einen gewissen Bekanntheitsgrad genießen, Putins überlegenen Wahlsieg aber nicht gefährden können.

Der Präsident, der voraussichtlich vier weitere Jahre regieren wird – und zwar mit einer mehr als komfortablen Majorität in der Duma –, steht dessen ungeachtet vor

einer schwierigen Aufgabe. Gewiss schlägt für ihn positiv zu Buche, dass die Grundstimmung in der Gesellschaft gegenwärtig eher optimistisch ist (Abbildung 1 und 2 sowie Tabelle 3). Er kann sich in der Gesellschaft auf eine breite Mehrheit stützen, die ihm vertraut. Doch es gibt eine ganze Reihe von Fragen, auf die die Putin-Administration in den nächsten Jahren Antworten geben muss.

Große Erwartungen

Das Grundproblem der russischen Politik ist die tiefe soziale Kluft, die seit der ersten Hälfte der neunziger Jahre die Mehrheit der Gesellschaft von der kleinen Gruppe der Begüterten und Reichen trennt. Nur etwa 10–15% der Russen verfügen über genug Mittel, um die Vorteile der Marktwirtschaft mit ihrem breiten Warenangebot wirklich wahrzunehmen. Etwa die Hälfte der Bevölkerung kann gerade die notwendigsten Lebensbedürfnisse befriedigen – ein Teil von ihnen nicht einmal das (Tabelle 5 und 6). Sie nehmen ihre gegenwärtige Lage als Abstieg dar, als deutliche Verschlechterung gegenüber früheren Zeiten. Bei den Dumawahlen haben wenigstens 40% der Wähler Protestparteien wie LDPR, KPRF, „Heimat“, „Partei der Pensionäre“ und der „Agrarpartei“ ihre Stimme gegeben. Eine clevere politische Regie hat dafür gesorgt, dass die Stimmen aufgesplittet wurden und die gewählten Parteien politisch gewichtslos sind, doch das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der Gesellschaft ein erhebliches Protestpotential gibt. Bekämpfung der Armut und eine Milderung der innergesellschaftlichen Gegensätze muss eine Aufgabe der Putin-Administration sein. Doch hier sind ohne ein anhaltendes hohes Wirtschaftswachstum kaum Erfolge zu erzielen. Aus diesem politischen Notstand erklärt sich im übrigen auch Putins ökonomisch dilettantische Forderung nach einer Verdoppelung der wirtschaftlichen Wachstumsrate.

Auch wenn diese Forderung bisher nicht erfüllt worden ist, so verzeichnet Russland in den letzten Jahren doch ein fortgesetztes Wirtschaftswachstum, das mit einem begrenzten Reallohnzuwachs verbunden ist. Allerdings basiert diese Entwicklung im Wesentlichen immer noch auf den hohen Energiepreisen, von denen Russland als Öl- und Gasexporteur profitiert. Der Ausbau der verarbeitenden Industrie geht nur langsam voran. Die Verbreiterung der Inlandsnachfrage ist angesichts des hohen Armutsanteils nur schwer zu bewerkstelligen. Aufgabe der Administration muss es sein, vermehrt Kapital ins Land zu holen, um Arbeitsplätze zu schaffen und die eigene Industrie zu fördern. Das Vorgehen gegen eines der erfolgreichsten russischen Unternehmen – Jukos –, das auf dem Wege war, sich zu einem transnationalen Konzern zu entwickeln, wirkt ganz gewiss kontraproduktiv,

zumal daraus abgelesen werden kann, dass einflussreiche Akteure in der Präsidentenadministration unfähig sind, komplexe wirtschaftspolitische Zusammenhänge zu verstehen.

Nur auf der Basis einer expandierenden Wirtschaft kann die russische Regierung den Ausbau der sozialen Sicherungen und der Gesundheitsversorgung in Angriff nehmen, die so dringend nötig sind. Auch die Reform der Kommunalwirtschaft, die notwendig mit einer Erhöhung der Kosten für Strom, Wasser, Entsorgung usw. einhergeht, ist politisch nur durchsetzbar, wenn der allgemeine Lebensstandard fühlbar ansteigt. Ob die Putin-Administration wirklich den Mut findet, diese wichtigen – wenngleich schmerzhaften – Reformen in Angriff zu nehmen, muss bezweifelt werden, auch wenn sie in der Duma gewiss nicht behindert werden wird.

Der Kampf gegen Kriminalität und Korruption ist in den letzten Jahren nicht vorangekommen, obgleich er hohe Priorität genoss und der Präsident sich persönlich dafür eingesetzt hat. Ein einleuchtendes Konzept, wie man dieses Übel wirksam bekämpfen kann, liegt nicht vor. Auch für die Beendigung des Tschetschenienkriegs, der trotz gegenteiliger Versprechungen seit vier Jahren fortschwelt, gibt es von russischer Seite keine plausible politische Strategie. Das ist auch deshalb ein Problem, weil das Gewaltregime, das im Bürgerkriegsgebiet aufrechterhalten wird, die Putin-Regierung nach außen und nach innen kompromittiert.

Putin ist also auch in seiner zweiten Amtszeit mit schwierigen Aufgaben konfrontiert und es steht abzuwarten, ob er daran geht, sie zu lösen – oder ob er und seine Umgebung sich stattdessen allein mit Machtsicherungsspielen und Nachfolgedebatten befassen.

Defekte im Demokratieverständnis?

Schon jetzt ist deutlich, dass die Ansätze einer demokratischen Entwicklung, die es in Russland gegeben hat, unter der Ägide der Putin-Administration erheblich beschädigt worden sind. Nach wie vor fehlen organisierte gesellschaftliche Strukturen, die Interessen aggregieren und in Politik umsetzen. Kaum eine der vorhandenen Parteien überlebt ein oder zwei Wahlgänge. 2003 sind mit „Jabloko“ und der „Union der Rechten Kräfte“ ausgerechnet zwei der Parteien an der 5%-Klausel gescheitert, die seit 1993 regelmäßig an Wahlen teilgenommen haben und eine gewisse demokratische Tradition verkörperten. Stattdessen gewinnen „administrative Parteien“ immer mehr an Boden, die von der Exekutive gegründet und mit Ressourcen ausgestattet werden. Waren erste Versuche mit „Unser Haus Russland“ 1995 nicht sehr gelungen, so konnte man 1999 mit „Medwed-Einheit“

einen Teilerfolg verbuchen, der 2003 mit „Einiges Russland“ geradezu dramatisch ausgebaut wurde. Erfolgreich waren auch Parteigründungen wie „Heimat“, „Partei der Pensionäre“ u.a., die darauf zielten, das Wählerpotential oppositioneller Parteien aufzusplittern. Durch solche Manipulationen, für die vor allem die Präsidialverwaltung verantwortlich ist, wird die Entstehung eines funktionierenden Parteiwesens aber nachhaltig behindert.

Tatsächlich gibt derzeit im politischen Leben Russlands Exekutive in Gestalt der Präsidialadministration den Ton an. Neben ihr gibt es kaum eigenständige, politische Kräfte. Die wichtigsten Medien werden von ihr kontrolliert. Große Unternehmer und Gouverneure spielen anders als unter Jelzin keine unabhängige Rolle mehr, sie werden von der Präsidialadministration diszipliniert und eingebunden. Für die Entfaltung von Zivilgesellschaft gibt es derzeit in Russland nur wenig Raum. Das spiegelt sich in den Einstellungen der Bürger wieder, von denen sich immer noch fast die Hälfte die Ruhe und Stabilität der Sowjetzeit zurückwünscht (Tabelle 7). In dieser Sehnsucht werden die fortwirkenden Schwierigkeiten sichtbar,

sich mit den Risiken von Markt und politischem Wettbewerb abzufinden. Bei der jüngeren Generation ist diese Breschnjew-Nostalgie weniger stark ausgeprägt – für sie ist das neue Russland schon normaler Alltag.

Der Sehnsucht nach der Vergangenheit widerspricht allerdings, dass viele Grundprinzipien der neuen Ordnung inzwischen weithin akzeptiert werden: so befürwortet in Umfragen eine absolute Mehrheit der Respondenten die Reisefreiheit, die unternehmerische Freiheit, das Recht auf Streiks und die Annäherung an den Westen. Auch für Pressefreiheit gibt es eine breite Zustimmung, wenngleich immerhin ein Drittel sie für schädlich hält. Mit einem politischen Regime à la Breschnjew lässt sich das alles kaum in Übereinstimmung bringen. Allein mit dem Mehrparteiensystem kann sich der überwiegende Teil der Befragten nicht anfreunden (Tabelle 8). Dennoch ist die verbreitete Sowjetnostalgie wohl weniger ein politisches Konzept als eine Reaktion auf die Unsicherheiten des heutigen Alltags. Und der Präsident Wladimir Putin und die Partei „Einiges Russland“ werden gewissermaßen als Garanten für die Stabilisierung des Alltags aufgefasst.

Über den Autoren

Prof.Dr. Hans-Henning Schröder arbeitet an der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.

Bewertung der Dumawahlen

Tabelle 1: Bewertung des Wahlkampfs

Was denken Sie, war der Wahlkampf...	1999	2003
Vollkommen, ziemlich fair	30%	42%
Nicht sehr fair, ganz unfair	50%	38%
Weiß nicht	20%	19%

Tabelle 2: Unregelmäßigkeiten bei den Dumawahlen?

Was denken Sie, gab es bei der Stimmenauszählung dieser Wahlen Unregelmäßigkeiten?	1999	2003
Es gab keine Unregelmäßigkeiten	16%	19%
Es gab unbedeutende Unregelmäßigkeiten	22%	35%
Es gab ziemlich bedeutende Unregelmäßigkeiten, doch sie haben kaum den Ausgang der Wahlen beeinflusst	14%	13%
Es gab bedeutende Unregelmäßigkeiten, die den Ausgang der Wahlen wesentlich beeinflusst haben	5%	4%
Weiß nicht	42%	29%